

Freie Wähler

1.	... ist vorrauschauend eine aktive Grundstücks politik mit der Bereitstellung der entsprechenden Mittel unerlässlich!	lfd. Nr. 197 investiv; HH-Entwurf sieht für 2024 Grunderwerbsmittel mit 2,0 Mio. EUR vor.	Zustimmung zum Planansatz.
2.	...empfehlen wir, der Deckelung ab dem Jahr 2025 von 7,7 Mio auf 6.5 Mio zuzustimmen.	Zustimmung	Zustimmung zur Deckelung.
3.	Umgang mit den gemeindeeigenen Liegenschaften; ... sollten wir gemeinsam mit der Verwaltung aufarbeiten und überlegen, welches der bestmögliche Weg ist.	siehe auch Antrag CDU Nr. 16: Gebäudebestand insgesamt muss unter die Lupe genommen werden; Bestandsaufnahme soll von Verwaltung im Lauf von 2024 erarbeitet werden.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
4.	Planungskosten und Gutachten sollten auf ein Minimum reduziert und nur in begründeten Fällen in Auftrag gegeben werden.	Entsprechende Mittel sind bei den einzelnen Investitionen im HH-Entwurf 2024 incl. Finanzplanung bis 2027 enthalten. Der "pauschale gehaltene Antrag" muss ggf. konkretisiert / auf Einzelfälle heruntergebrochen werden.	Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung. Soweit möglich, Leistungen durch die Verwaltung selbst erbringen.
5.	Schaffung von Altersgerechtem Wohnen für Senioren, Barrierefreiheit, „Aus- und Fortführung der Seniorenbetreuung“ mit der dazugehörigen Versorgung, Unterbringung und Betreuung der Senioren.	Mit dem Projekt „Seniorenquartier im Wieslauftal“ werden verschiedene altersgerechte Wohn- und Pflegeformen angeboten. Auch durch die Entwicklung von Mehrfamilienhäusern wird das Angebot an barrierearmen bzw. barrierefreien Wohnungen erhöht.	Kenntnisnahme zur Stellungnahme der Verwaltung.
6.	Um eine attraktive Gemeinde zu bleiben, ist es wichtig bezahlbaren Wohnraum für junge Familien mit Kindern zu realisieren	Gemeinsam mit der Kreisbaugruppe und der Firma Schaile werden aktuell in zwei Projekten geförderte Mietwohnungen erstellt. Im Rahmen der Bauplatzvergabe haben insbesondere junge Familien gute Chancen, kommunale Bauplätze zu erwerben.	Kenntnisnahme zur Stellungnahme der Verwaltung.
7.	Innen- vor Außenentwicklung sollte im Vordergrund sollte. Desgleichen ist bei Neubauten darauf zu achten, dass Mehrfamilienhäuser und Mehrgenerationenhäuser bevorzugt werden - vorausgesetzt sie passen ins Ortsbild	In den vergangenen Jahren wurden bereits zahlreiche Nachverdichtungsprojekte umgesetzt. Mit dem Projekt Flächengewinnung durch Innenentwicklung wird dieses Prinzip fortgesetzt. Über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten im Außenbereich wird im Rahmen der FNP-Fortschreibung zu beraten sein.	Kenntnisnahme zur Stellungnahme der Verwaltung.
8.	Wichtig ist die Landwirtschaft für die Nahrungsmittelproduktion und es sollte generell ein Umdenken erfolgen, dass unsere Lebensmittel nicht nur importiert werden (Verringerung von Abhängigkeiten). Daher gilt es unsere örtlichen Bauernbetriebe zu erhalten und zu unterstützen.	Die Verwaltung ist im regelmäßigen Austausch mit den örtlichen Landwirten und unterstützt (z.B. auch über den Naturpark) insbesondere im Bereich der regionalen Direktvermarktung. So wurde beispielsweise das Schlechtbacher Märktle als Plattform der Direktvermarktung etabliert oder die Rudersberger Wiesenschorle als regionales Apfelschorle ins Leben gerufen.	Kenntnisnahme zur Stellungnahme der Verwaltung.
9.	Das Ziel der Jugendförderung der Gemeinde Rudersberg ist die Unterstützung und Beratung von jungen Menschen. Die Jugendförderung versteht sich als Vermittler, Begleiter, Ansprechpartner und Sprachrohr von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies soll durch aktive Jugendarbeit wiederbelebt werden. Ein erster Schritt erfolgte mit dem Beschluss des Gemeinderates vor Weihnachten einen neuen Jugendarbeiter anzustellen.	Zustimmung.	Zustimmung.
10.	Die Unterbringung der Flüchtlinge, die uns zugewiesen werden, sollte in einer adäquaten Unterbringung erfolgen. Integration ist der beste Weg, Finanzielle Mittel sind im Haushalt 2024 eingestellt.	Zustimmung.	Zustimmung.

Freie Wähler

11.	Klima und Energie: ...ist es ein Anliegen zu sehen, wo die Gemeinde mit ihren Gebäuden und Liegenschaften im Hinblick auf Energieeinsparungen oder Nutzung alternativer Energien steht. Erarbeiten von Energieberichten.	Energiemanager (100 %-Stelle) nimmt ab April 2024 seine Arbeit auf. siehe auch Antrag Freie Wähler Nr. 3 und CDU Nr. 16: Gebäudebestand insgesamt muss unter die Lupe genommen werden; Bestandsaufnahme soll von Verwaltung im Lauf von 2024 erarbeitet werden.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
12.	Der Ausbau des Glasfasernetzes in allen Ortsteilen von Rudersberg ist ein wichtiger Baustein nicht nur für die Gewerbetreibenden, sondern auch für private Haushalte. Nördliche Teilorte sowie Schlechtbach sind möglichst zügig noch anzubinden.	Thema "Breitband" ist an versch. Stellen im Haushalt (siehe lfd. Nummern 92, 97, 110, 113, 116, 124, 128, 135, 149 investiv) verankert (Steinenberg, Schlechtbach, Krehwinkel, weiße Flecken). Siehe auch Vorlage 221/2023 bzw. Beschluss in GR-Sitzung am 16.01.2024 (Breitbandausbau durch die NetCom BW in den (südlichen) Ortsteilen Lindental, Necklinsberg, Krehwinkel, Asperglen, Michelau und Steinenberg)	Zustimmung.

Rudersberger Bürger

<p>1.</p>	<p>Wir starten heute mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2127 €, fast doppelt so hoch wie im Jahr 2018. Laut aktuellem Haushaltsentwurf sind wir Ende 2024 bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2538 €. Mittelfristig betrachtet bis 2027 lesen wir von einer möglichen Verschuldung von 4628 € pro Kopf.</p> <p>Dazu sagen wir: Das ist zu viel, das geht so nicht.</p> <p>...schlägt unsere Fraktion vor, die Projekte und Aufgaben zu priorisieren.</p>	<table border="1"> <thead> <tr> <th style="background-color: yellow;">externer Schuldenstand</th> <th>01.01.2024</th> <th>31.12.2024</th> <th>31.12.2027</th> </tr> <tr> <th style="background-color: yellow;">Pro-Kopf-Beträge</th> <th></th> <th>bis zu</th> <th>bis zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kernhaushalt</td> <td>11 €</td> <td>10 €</td> <td>1.355 €</td> </tr> <tr> <td>Eigenbetrieb Gemeindewerke (insb. Wasserversorgung sowie Strom- u. Gasnetz- Gesellschaft)</td> <td>732 €</td> <td>944 €</td> <td>1.077 €</td> </tr> <tr> <td>Eigenbetrieb Abwasser</td> <td>1.384 €</td> <td>1.584 €</td> <td>2.191 €</td> </tr> <tr> <td style="background-color: yellow;">Summe</td> <td style="background-color: yellow;">2.127 €</td> <td style="background-color: yellow;">2.538 €</td> <td style="background-color: yellow;">4.623 €</td> </tr> </tbody> </table> <p>Über die Wirtschaftspläne 2024 incl. Mittelfristige Finanzplanung bis 2027 in den beiden Eigenbetrieben Gemeindewerke und Abwasserbeseitigung wurde im Gemeinderat am 05.12.2023 bereits Beschluss gefasst.</p> <p>Bei einem Verzicht auf Investitionen bzw. bei einer (teilweisen) Verschiebung von Investitionen im Kernhaushalt in die Zeit NACH 2027 würde sich der Kreditbedarf in den Jahren 2024 bis 2027 entsprechend reduzieren.</p> <p>Beratung der Investitionen (Kernhaushalt) in der Samstagssitzung. Parallel darstellen, ob und ggf. welche Auswirkungen dies auf die Investitionen in den Eigenbetrieben hat.</p>	externer Schuldenstand	01.01.2024	31.12.2024	31.12.2027	Pro-Kopf-Beträge		bis zu	bis zu	Kernhaushalt	11 €	10 €	1.355 €	Eigenbetrieb Gemeindewerke (insb. Wasserversorgung sowie Strom- u. Gasnetz- Gesellschaft)	732 €	944 €	1.077 €	Eigenbetrieb Abwasser	1.384 €	1.584 €	2.191 €	Summe	2.127 €	2.538 €	4.623 €	<p>Prioritätensetzung - siehe zweite Tabelle.</p>
externer Schuldenstand	01.01.2024	31.12.2024	31.12.2027																								
Pro-Kopf-Beträge		bis zu	bis zu																								
Kernhaushalt	11 €	10 €	1.355 €																								
Eigenbetrieb Gemeindewerke (insb. Wasserversorgung sowie Strom- u. Gasnetz- Gesellschaft)	732 €	944 €	1.077 €																								
Eigenbetrieb Abwasser	1.384 €	1.584 €	2.191 €																								
Summe	2.127 €	2.538 €	4.623 €																								
<p>2.</p>	<p>...sind der Meinung, dass nach Vorlage des Starkregenrisikomanagements eine sehr schnelle und zeitnahe Umsetzung erfolgen muss und hierfür durchaus zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.</p>	<p>Für den Austausch von Straßeneinlaufschächten kann auf HH-Mittel bei der konsumtiven Kostenstelle 5410 0010 (Straßen- und Wegeunterhaltung) zugegriffen werden.</p> <p>Zzgl. lfd. Nr. 180 investiv: in 2024 bis 2027 sind Mittel mit insgesamt 240.000 EUR bereitgestellt (siehe GR-Beschluss vom 19.09.2023, Vorlage 92/2023 ("Starkrisikomanagement"; "leistungsfähigere Einlaufschächte" bzw. "Einlaufbauwerke"); Erweiterung Pegelmessnetz im gesamten Gemeindegebiet zur Hochwasserschutzwarnung</p>	<p>Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.</p>																								

Rudersberger Bürger

3.	<p>Neues Feuerwehrgerätehaus, zu dem unsere Fraktion zu 100% steht. Mit der neuen Planung haben wir deutlich mehr Platz, kein Sicherheitsrisiko durch ein jahrelanges Provisorium und es wird günstiger. Aber wir sagen auch: Das neue Feuerwehrgerätehaus darf keinen zweistelligen Millionenbetrag kosten! Klare Ansage an die Planer, planen Sie einen reinen Zweckbau!</p>	<p>An dieser Stelle ist wichtig, dass nicht nur ein Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr, sondern auch eine neue Heimat für das DRK entsteht. Die gesamte Planung wurde vom bestehenden Raumbedarf her entwickelt, so dass die Zweckmäßigkeit des Gebäudes im Vordergrund steht. Mögliche Erweiterungsoptionen werden im Rahmen der Planung berücksichtigt. Es ist jedoch auch klar, dass auch das Gelände architektonische Vorgaben macht, will man alle Funktionen sinnvoll unterbringen. Eine definitive Kostenobergrenze ist nur schwer zu definieren, da noch verschiedene Untersuchungen (z.B. Baugrund) ausstehen. Gemeinsam mit den beteiligten Nutzern wird die Verwaltung jedoch auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro nach Einsparpotentialen suchen.</p>	<p>Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.</p>
4.	<p>Hochwasserschutz. In Oberndorf am Daukernbach wünschen wir eine schnellere Realisierung.</p>	<p>lfd. Nr. 179 investiv: in 2024 bis 2027 sind Mittel mit insg. 717.400 EUR (Vermögensumlage an Wasserverband) eingestellt für Maßnahmen am Klingenbächle und am Daukernbach. Durchführung ist abzustimmen auf Projekt "Erneuerung Ortsdurchfahrt Oberndorf", siehe lfd. Nr. 145.</p>	<p>Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.</p>
5.	<p>Zunehmend macht uns auch die Starkregen - Situation Probleme. Wir haben nun ein Konzept und hier fordern wir einen "Umsetzungsturbo". Dafür sollten wir 100.000 € mehr als vorgesehen zur Verfügung stellen. Wobei hier auch einfache, regelmäßige Arbeiten wie das häufigere Reinigen der Einlaufschächte und das regelmäßige Reinigen der Straßenrinnen Verbesserungen bringen.</p>	<p>siehe Antrag Nr. 2 bzw. Stellungnahme dazu.</p>	<p>Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung. Keine weitere, über den HH-Plan-Entwurf hinausgehende Mittelbereitstellung.</p>
6.	<p>Wir sollten uns auch kommunal auf Krisensituationen vorbereiten. Mit aus diesem Grund hatten wir schon gefordert, dass wir z.B. mehrere Notstromaggregate anschaffen. Wir fordern nun nach der Anschaffung eines Gerätes, weitere Aggregate anzuschaffen z.B. zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in Notfällen.</p>	<p>Beschlussfassung hierzu ist für 30.01.2024 vorgesehen, siehe Vorlage 232/2023.</p>	<p>Zustimmung.</p>
7.	<p>Schulwege sicherer und attraktiver gestalten, damit die Kinder gerne zu Fuß zur Schule gehen oder mit dem Fahrrad fahren, womit wir auch Autoverkehr einsparen.</p>	<p>Da die meisten Schulwege durch Wohngebiete führen, ist eine Umgestaltung aufgrund der vorliegenden Platzverhältnisse und der straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben oft schwierig. Das Sachgebiet Ordnung befindet sich derzeit in der Abstimmung mit den Schulen.</p>	<p>Mit Schulen in Abstimmung gehen. Im Büttel noch einmal sensibilisieren.</p>
8.	<p>In Sachen Radverkehrsplanung gab es einen kommunalen "Arbeitskreis Radverkehr". Wir haben dringenden Bedarf an neuen Strukturen für unsere Radfahrer, weshalb wir um eine schnelle Reaktivierung bitten.</p>	<p>Die Verwaltung wird ein Treffen des Arbeitskreises im ersten Halbjahr vorbereiten. Gerne nehmen wir aktuelle Themen hierzu auf.</p>	<p>Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.</p>
9.	<p>Noch in 2024 starten die Beratungen zum neuen Flächennutzungsplan (FNP). Im neuen FNP müssen wir Zielkonflikte der Gemeinde auflösen, wie z. B. Wohnraumbedarf und Flächenverbrauch. Wir sehen den Schwerpunkt weiterhin im Geschosswohnungsbau und in der Innenentwicklung.</p>	<p>Im Rahmen der Fortschreibung des FNP wird der Gemeinderat über die verschiedenen Möglichkeiten diskutieren.</p>	<p>Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.</p>

Rudersberger Bürger

10.	Bei der Entwicklung des neuen FNP und auch bei gemeindeeigenen Baumaßnahmen, z.B. im Freibad, müssen wir verstärkt auch das Thema Inklusion mitdenken und einplanen.	Zustimmung - im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Fördermöglichkeiten nutzen.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
11.	Den Erhalt unserer Streuobstwiesen müssen wir als Pflichtaufgabe begreifen, Stichwort: Arten- und Insektensterben. Wir bitten in dem Zusammenhang die nächste Runde "Wettbewerb Rudersberger Naturgarten 2024/25" in Angriff zu nehmen.	Eine Fortsetzung des Naturgartenwettbewerbs wird in die Planungen aufgenommen.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
12.	In unserem Bauhof steht ein nagelneues "insektenschonenderes" Mähwerk. Wie wird inzwischen damit gearbeitet? Ist es in den neuen Grünpflegeplan eingeplant?	Wird eingesetzt, sofern Voraussetzungen vorhanden (z.B. Topographie) und ist auch im Grünpflegeplan berücksichtigt. Allerdings entsteht zusätzlicher Arbeits- und damit Zeitaufwand für die Mitarbeiter des Bauhofs, da das Mähgut aufgesammelt und verladen werden muss. Daher wäre Abstimmung wünschenswert, welche Flächen tatsächlich für den Einsatz geeignet sind, um Nutzen und Aufwand in Einklang zu bringen.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
13.	Unser Bürgertaxi könnte gerade für ältere Menschen in den Teilorten noch Verstärkung vertragen. Der Bedarf ist vorhanden. Hier bitten wir die Verwaltung um eine Darstellung der aktuellen Situation, damit wir Lösungen entwickeln können.	Befinden uns derzeit im Austausch mit der Diakoniestation zur Weiterentwicklung des Angebots. Der geplante Termin musste leider verschoben werden, wird jedoch Anfang Februar durchgeführt. Das Projekt steht und fällt jedoch mit ehrenamtlichen Fahrkräften. Derzeitiger Stand: Das Bürgermobil fährt kostenlos von Montag bis Freitags zwischen 14 und 18 Uhr. Zielorte sind das Gemeindegebiet sowie bei Bedarf die Schorndorfer Teilorte Haubersbronn und Miedelsbach. 8 ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer wechseln sich derzeit ab. Die Diakoniestation stellt ein Fahrzeug zur Verfügung. Die Terminvereinbarung erfolgt über die Diakoniestation.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
14.	Im Zuge des "Lärmaktionsplans" konnten wir nun endlich wichtige, neue Bereiche mit Tempo 30 und 40 versehen. Jetzt müssen wir das Thema "Nachtfahrverbot für LKW" nochmals angehen und auf ein Weiterkommen drängen.	Im Zuge der Fortschreibung des "Lärmaktionsplans" in 2024 wird das "Nachtfahrverbot für LKW" noch einmal mit Nachdruck vorgebracht.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
15.	Für die Ortsdurchfahrt von Michelau wurde uns schon vor Jahren die Reduzierung der Fahrbahnbreite zugestanden. Nachdem in Michelau keine Tempo 30 Regulierung und Tempo 40 nur für die Nacht genehmigt wurden, muss dort das Thema Fahrbahnbreite wieder auf die Agenda genommen werden.	Die Verwaltung wird diesbezüglich noch einmal auf den Straßenbaulastträger (L 1148) zugehen (auch bezüglich etwaiger Markierung). Ein Umbau auf Kosten der Gemeinde ist in der aktuellen Situation momentan nicht darstellbar.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
16.	In unseren Gewerbegebieten gibt es an einigen Stellen Flächen, die seit Jahren nicht bebaut wurden. Wir bitten die Wirtschaftsförderung, dem Gremium Ideen zur Aktivierung dieser Flächen aufzuzeigen.	Im Rahmen eines Berichts werden wir einen aktuellen Stand über bestehende Brachflächen bzw. Aktivierungsmöglichkeiten geben.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

CDU-Fraktion

1.	"... lehnen wir die Errichtung einer neuen Moos-Sitzbank ab."	lfd. Nr. 165 investiv; HH-Mittel Eigenanteil Gemeinde: 10.000 EUR. Entscheidung über den Antrag.	Wenn Fördermittel bewilligt werden, Entscheidung im BVU/GR herbeiführen.
2.	"... lehnen wir die Errichtung einer E-Ladestation für Fahrräder am Ortsamt in Steinenberg ab."	lfd. Nr. 164 investiv; HH-Mittel: 20.000 EUR. Entscheidung über den Antrag.	HH-Mittel in 2024 rausnehmen; evaluieren, wie's an der Ölmühle angenommen wird; dann neu mit HH 2025 entscheiden.
3.	Sperrvermerk für Trauplatz " Auf der Haube unter die Haube"; Vorlage eines visualisierten Gesamtkonzepts mit den Kosten für den EnBW-Sendemast bzw. Aussichtsturm	lfd. Nr. 12 investiv; HH-Mittel: 50.000 EUR; mögliche Eigenleistungen durch Bauhof werden geprüft. Verwaltung wird in der Samstagssitzung berichten. Entscheidung über den Antrag "Sperrvermerk".	Antrag auf Sperrvermerk wird zurückgezogen. HH-Ansatz wird um 10.000 EUR reduziert.
4.	vollständige Umstellung auf LED-Beleuchtung in den Ortsteilen Schlechtbach, Zumhof und Rudersberg in 2024	lfd. Nr. 86 investiv: HH-Mittel: 515.000 EUR, verteilt auf 2 Jahre 2024 und 2025, hinterlegt mit einer Verpflichtungsermächtigung, siehe Anlage 16 im HH-Plan. Zuschuss-Quote 40 % bzw. 206.000 EUR. Schnellstmögliche Umstellung wird angestrebt, abhängig von Ressourcen ausführender Firmen.	Zustimmung.
5.	Sanierung der Technikräume am Schulzentrum Rudersberg aus sicherheitstechnischer Sicht intensiv vorantreiben	lfd. Nr. 27 investiv: im HH-Entwurf sind bereitgestellt: 850.000 EUR, verteilt auf 2024 bis 2026. Umsetzung in Abhängigkeit von Bewilligung von Zuschüssen.	Zustimmung.
6.	konsequente und kurzfristige Sanierung genutzter Gebäude wie Bürgerhaus Schlechtbach	lfd. Nr. 187 investiv: HH-Mittel 300.000 EUR für Dachsanierung Bürgerhaus Schlechtbach. Maßnahme soll nach Genehmigung des Haushalts 2024 umgesetzt werden. Gebäudebestand insgesamt muss unter die Lupe genommen werden; Bestandsaufnahme soll von Verwaltung im Laufe von 2024 erarbeitet werden.	Zustimmung.
7.	Bereitstellen von Mitteln für die Umsetzung von Maßnahmen zur Pflege und Instandhaltung des intensiv genutzten Freibads in Rudersberg	Mittel mit 52.800 EUR sind konsumtiv (4240 0910 - 4211 0000 sowie 4221 0000) bereitgestellt, siehe auch Anlage 3 zum HH-Plan (lfd. Unterhaltungs-, Reparatur- und Wartungsmaßnahmen zzgl. "Sanierung Durchschreitebecken" sowie "Dosierstation Soda")	Kenntnisnahme vom Vorschlag der Verwaltung.
8.	... fordern die Verwaltung auf, konkrete Vorschläge für die schnelle Umsetzung von Breitbandausbau auch in den Teilorten zu unterbreiten.	Thema "Breitband" ist an versch. Stellen im Haushalt (siehe lfd. Nummern 92, 97, 110, 113, 116, 124, 128, 135, 149 investiv) verankert (Steinenberg, Schlechtbach, Krehwinkel, weiße Flecken). Siehe auch Vorlage 221/2023 bzw. Beschluss in GR-Sitzung am 16.01.2024 (Breitbandausbau durch die NetCom BW in den (südlichen) Ortsteilen Lindental, Necklinsberg, Krehwinkel, Asperglen, Michelau und Steinenberg)	Zustimmung.
9.	Neues Feuerwehrgerätehaus: ... fordern einen funktionalen Baukörper, der einfach und wirtschaftlich erweiterbar ist.	Mündlicher Bericht in Samstagssitzung folgt.	Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht.

CDU-Fraktion

10.	... bitten darum, in den Haushaltsgesprächen eine anonymisierte Übersicht über die aktuellen Flex- und Überstundenkontostände zu erhalten, um ein objektives Bild darüber zu erhalten, in welchen Bereichen aufgrund von strukturell überdurchschnittlich hoher Arbeitsbelastung personell nachgesteuert werden muss.	Eine Übersicht über die Stundenkontingente wird erstellt. Die Aussagekraft ist allerdings begrenzt und benötigt eine Einordnung im Einzelfall.	Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht.
11.	Bei den Personalplanungen empfehlen wir, das Verhältnis von koordinativen, planenden Kräften zu ausführenden Kräften im Auge zu behalten, um Aufgaben auch in Zukunft effizient zu bewältigen.	Die Verwaltung wird dies entsprechend aufbereiten.	Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht. Im Rahmen der Einführung des neuen GR in den Themenkomplex Personal wird das Thema aufbereitet.
12.	... sehen Effizienz darin, durch die Übertragung von mehr Handlungskompetenzen, wie z.B. dem „Erteilen des Einvernehmens der Gemeinde“ in einfachen Bauangelegenheiten, die Verwaltung in die Lage zu versetzen, schneller und unkomplizierter als bisher zu handeln. ...plädieren wir dafür, dass hierzu der neue Gemeinderat die Weichen stellt.	Die Verwaltung wird für den neuen Gemeinderat ein mögliches Konzept zur Vereinfachung bei der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens erarbeiten. Dieses kann z.B. im Rahmen einer Klausurtagung diskutiert und gemeinsam ausgearbeitet werden.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
13.	... fordern die Verwaltung auf, darzustellen, wie hoch das realistische Einsparpotenzial durch die Reduzierung des Gemeinderats ist.	Der Ansatz für ehrenamtliche Entschädigung (1110 0000 - 4421 0000) wurde um 5.000 EUR auf 70.000 EUR im HH-Plan 2024 reduziert. Mündlicher Bericht in Samstagssitzung folgt.	Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht.
14.	Die explodierenden Unterhalts- und Sanierungskosten der Ortsämter erfordern eine ergebnisoffene Diskussion über deren künftiges Leistungsspektrum, das in einem angemessenen Verhältnis zu den Besucherzahlen stehen muss.	Antrag wird von der Verwaltung im Lauf von 2024 aufbereitet.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
15.	Die Einnahmen-Ausgabenrechnung des Adventswalds möchten wir in den Haushaltsberatungen eingehend prüfen.	Der Haushaltsplan <u>2024</u> sieht Einnahmen mit 100.000 EUR und Ausgaben mit 216.500 EUR vor. Erwarteter Eigenanteil <u>2024</u> der Gemeinde somit 116.500 EUR zzgl. Bauhofleistungen, Innere Verrechnungen für Querschnittsleistungen der Verwaltung und (in geringem Umfang) Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen. Der Eigenanteil der Gemeinde im Jahr <u>2022</u> (zzgl. Bauhofleistungen, Innere Verrechnungen und kalk. Kosten) betrug rund 80.426 EUR, siehe HH-Plan 2024 Seite 427. Für das Jahr <u>2023</u> (geplanter Eigenanteil der Gemeinde 95.100 EUR) liegen noch keine Abrechnungen vor. Stand 16.01.2024 können noch Schlussrechnungen mit bis zu 54.000 EUR innerhalb dieses Budgets geleistet werden.	Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht.

CDU-Fraktion

16.	Dem Vorschlag des Bürgermeisters bezüglich einer Immobilien GmbH stehen wir offen gegenüber,	siehe auch Antrag Freie Wähler Nr. 3 sowie Stellungnahme der Verwaltung zu CDU-Antrag Nr. 6: Gebäudebestand insgesamt muss unter die Lupe genommen werden; Bestandsaufnahme soll von Verwaltung im Lauf von 2024 erarbeitet werden. Anschließend wird die Verwaltung die möglichen Optionen detaillierter ausarbeiten.	Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
17.	Abschließend betont die CDU-Fraktion ihre Ablehnung, die gesamten Rücklagen unserer Gemeinde in Höhe von ca. 15 Mio € in zwei Jahren abzuschmelzen.	Die Höhe der > rechnerisch notwendigen Rücklagen-Entnahme in den Jahren 2024 ff ergibt sich nach Abschluss der Beratungen zum Haushalt 2024. > tatsächlichen Rücklagen-Entnahme ergibt sich mit dem jeweiligen Jahresabschluss entsprechend der "Umsetzungsquote" der im Haushalt verplanten Maßnahmen.	Prioritätensetzung - siehe zweite Tabelle.

SPD-Fraktion

1.	Auf eine kommunale Förderung von Photovoltaik-Anlagen, deren Installation, die in der Photovoltaik-Pflicht Verordnung des Landes zwingend verankert ist, sollte verzichtet werden. Im Gegenzug wäre für uns die Förderung jedes Balkonkraftwerks mit einem höheren Betrag sinnvoll.	Die Förderrichtlinien der Gemeinde lauten wie folgt (Ziffer 4.1): Die Förderung wird für Objekte, unabhängig von ihrer Nutzungsart, auf dem Gebiet der Gemeinde Rudersberg gewährt, sofern bis zum Ende der Antragsfrist keine gesetzliche Pflicht zur Installation einer Photovoltaikanlage für das Antragsprojekt besteht.	Förderrichtlinie für 2024 wird dem GR zur Entscheidung vorgelegt.
2.	...sehen wir die dringende Notwendigkeit, dass Maßnahmen zur Beschattung öffentlicher Spielplätze und Parkanlagen geplant und umgesetzt werden.	lfd. Nr. 171 investiv sowie Kostenstelle 5510 0010 (Kinderspielplätze): Beschattung soll innerhalb des bereit gestellten Budgets nach und nach umgesetzt werden. Siehe auch konsumtive Kostenstelle 5610 0000 - 4271 0003 (Sachmittel für Projekte Klimamanagement)	Das Pflanzen von Bäumen ebenfalls durchführen.
3.	Bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2025 sollten wir von einem generellen Verbot bei der Ausweisung neuer Bau- und Industriegebiete absehen. Rudersberg benötigt Entwicklungspotenzial. Innerörtliche Verdichtung mit enger Bebauung ist letztendlich auch klimatisch nicht unumstritten.	Jede Gemeinde braucht einen gewissen Handlungsspielraum für die zukünftige Gemeindeentwicklung. Diesen festzulegen, ist eine der Aufgaben im Rahmen der FNP-Fortschreibung.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
4.	Forderungen nach oder gar die Förderung von Fassadenbegrünungen lehnen wir ab, es steht im direkten Gegensatz zur Schaffung von dringend notwendigem bezahlbaren Wohnraums.	Eine Förderung der Fassadenbegrünung durch die Gemeinde ist derzeit nicht geplant.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
5.	Es wäre wünschenswert, wenn im Rathaus eine Geschäftsstelle eines möglichen Großvereins, der durch einen Zusammenschluss des TSV Schlechtbach und des TSV Rudersberg, eventuell auch des TSV Oberndorf und der Sportfreunde Steinenberg, entstehen würde, angesiedelt werden könnte,	Die Verwaltung begrüßt die Gespräche auf Ebene der Vereine zur Entwicklung eines Zukunftskonzepts. Sofern im Rahmen dieses Prozesses ein gewisser Unterstützungsbedarf entsteht, kann gerne über Art und Umfang dieser Unterstützungen diskutiert werden.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
6.	...mahnen wir noch immer die Prüfung der vielen Mitgliedschaften in Verbänden und Gemeinschaften an.	Der "pauschale gehaltene Antrag" muss ggf. konkretisiert / auf Einzelfälle heruntergebrochen werden (Anlage 12 im HH-Plan).	Künftige Mitgliedschaften prüfen.
7.	...bitten zu prüfen, wie wir als Kommune zum Erhalt von Einrichtungen, wie z. B. dem Kunstraum Zumhof – Forum für Kunst und Musik-Temporärgalerie, der Kulturscheune Zumhof oder dem Theaterkarren Schlechtbach, beitragen können.	Grundsätzlich bestehen auch für die kulturtreibenden Vereine umfangreiche Fördermöglichkeiten über die Vereinsförderrichtlinien. Eine weitergehende Unterstützung muss am konkreten Einzelfall besprochen werden.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
8.	Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung in Form von Bezuschussung bei Gemeinschaftswerbung örtlicher Handels- und Gewerbetreibender wäre wünschenswert.	Die Gemeinde unterstützt entsprechende Werbeveröffentlichungen bei Bedarf mit eigenen Anzeigen. Eine direkte Bezuschussung von Werbeanzeigen ist vermutlich schwierig (wer bekommt einen Zuschuss und wer nicht?). Durch die vom Gemeinderat angestoßene Vollverteilung des Büttels wurde eine Werbeplattform mit Vollabdeckung im Gemeindegebiet geschaffen.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.

SPD-Fraktion

9.	...wäre eine fortschreitende Digitalisierung der Gemeindeverwaltung wünschenswert. Eine generelle Entlastung durch z. B. die Möglichkeit, Formulare digital ausfüllen zu können oder die schon einmal diskutierte Installation von Postfächern, die auch einen kundenfreundlichen Aspekt hätten, wären aus unserer Sicht sinnvolle Maßnahmen.	Die Verwaltung ist stets daran interessiert, die Digitalisierung voranzutreiben, muss sich jedoch den gesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen. Mit einem Konto bei Service-BW können bereits heute verschiedene Dienstleistungen digital durchgeführt werden. Weiterhin ist die Anmeldung für einen Kindergartenplatz inzwischen auch digital möglich. Für weitergehende Angebote, wie z.B. die Installation von Postfächern zur Ausgabe von offiziellen Dokumenten ist auf jeden Fall ein Service, der jedoch zunächst finanziert werden muss.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung wird im Lauf von 2024 im Rat berichten.
10.	...sollte die Geschichte der Gemeinde Rudersberg mit all ihren Teilorten und Höfen dokumentiert und bewahrt werden. Viel Wissen geht mit der Zeit verloren, Lebensinterviews wären hier eine relativ einfache und effektive Möglichkeit. Vielleicht wäre es möglich, geschichtsinteressierte Bürger hierfür zu gewinnen oder ein Projekt in Zusammenarbeit mit Hochschulen, etc. zu installieren.	Die Verwaltung prüft, ob ein solches Projekt umgesetzt werden kann und wenn ja, welcher Aufwand, bzw. welche Kosten damit verbunden sind.	Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung.
11.	Die Partnerschaft mit der Stadt Ranis sollte uns ebenfalls etwas „wert“ sein, dient sie doch auch einem besseren Verhältnis zwischen Ost und West.	Mittel sind bei der Kostenstelle 1114 0010 - 4271 0027 (5.000,-) eingestellt.	Zustimmung.
12.wünschen wir uns einen großzügigen finanziellen Rahmen für die Heimattage 2025! 50 Jahre Gemeinde Rudersberg in ihrer heutigen Form, die sich aus unserer Sicht gut entwickelt hat, sollte Anlass zum Feiern sein.	Mittel für Vorbereitungen in 2024 sind bei der Kostenstelle 2810 0020 - 4271 0000 (20.000,-) eingestellt. Mit der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2025 wird über die Höhe des "Veranstaltungsetats" entschieden werden müssen.	Beratung im Rat im Lauf des Jahres 2024.